



Heidrun Dittrich

Mitglied des Deutschen Bundestages
Seniorenpolitische Sprecherin für DIE LINKE.

Heidrun Dittrich , MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

**Deutsches Rotes Kreuz e. V. (DRK)
Carstennstr. 58
12205 Berlin**

**Jakob-Kaiser-Haus
Raum 2829
Telefon 030 227 – 726 15
Fax 030 227 – 766 15
E-Mail: Heidrun.Dittrich@Bundestag.de**

Wahlkreisbüro Hannover:
Kötnerholweg 47
30451 Hannover
Telefon: +49 511-44981865
Fax: +49 0511 - 44981867-
Heidrun.Dittrich@wk.bundestag.de

Berlin, 23.05.2013

DIE LINKE und ihre Positionen zu den Forderungen der Freiwilligendienste

Ehrenamtliches Engagement stärken – in jedem Bereich!

DIE LINKE. unterstützt ehrenamtliches Engagement. Anders als die Bundesregierung begrüßt DIE LINKE. auch die Förderung von Engagement in den Interessensvertretungen, wie z.B. in antifaschistischen Organisationen.

Das Bürgerschaftliche Engagement der Bundesregierung engt dagegen den Einsatz der Freiwilligendienste auf den sozialen Bereich ein und ersetzt dadurch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Soziale Berufe werden durch die fachfremden Arbeitskräfte und die niedrige Bezahlung noch weiter entwertet. Statt qualifizierte, tariflich entlohnte Arbeitsplätze zu schaffen, werden unbezahlte und beruhsfremde oder ungelernete „Freiwillige“ von der Bundesregierung gefördert. Das führt zu einer Verdrängung von Frauenarbeitsplätzen, denn Frauen bilden mit einem Anteil von 80% in Pflege- und Sozialberufen die große Mehrheit der Beschäftigten.

Bildung und Orientierung:

Zusätzliche Lerndienste zur beruflichen Orientierung wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und die Auslandsdienste für Jugendliche werden von der LINKEN. unterstützt, wenn die Partizipation der Freiwilligen ausgebaut, eine Vertretung durch einen Bundes- bzw. LandessprecherInnen erreicht und eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird, sodass die Freiwilligen von dieser Entlohnung leben können ohne auf Bezahlung der Eltern oder staatliche Leistungen angewiesen zu sein. Weiterhin fordert DIE LINKE. für alle Freiwilligendienste die betriebliche Mitbestimmung und das Streikrecht.

Jugendfreiwilligendienste dürfen nicht als Warteschleife für Jugendliche, die keinen Ausbildungs- oder Studienplatz finden, missbraucht werden. Mindeststandards und inhaltliche Leitlinien müssen für die Durchführung von Jugendfreiwilligendiensten festgelegt werden. Weiterhin können Jugendfreiwilligendienste nur zusätzliche Aufgaben übernehmen.



Heidrun Dittrich
Mitglied des Deutschen Bundestages
Seniorenpolitische Sprecherin für DIE LINKE.

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 04.06.2013

BFD abschaffen!

Das Freiwillige Soziale-, als auch das Freiwillige Ökologische Jahr sind als Orientierungs- und Lerndienste besser ausgestattet als der Bundesfreiwilligendienst (BFD).

DIE LINKE lehnt als einzige Fraktion im Bundestag den Bundesfreiwilligendienst ab, da dieser nicht arbeitsmarktneutral ist. Der Bundesfreiwilligendienst, mit seiner Altersöffnung von 16 bis 70 Jahren, war der Einstieg für die jetzt von der Bundesregierung diskutierte Erhöhung der Lebensarbeitszeit. Damit wird die Schutzfunktion und der Anspruch auf einen abgesicherten Lebensabend untergraben. Hier fordert DIE LINKE die Rücknahme der Rente mit 67 Jahren auf perspektivisch 60 Jahre. In den neuen Bundesländern wird die Einsatzstelle über den Bundesfreiwilligendienst gerade für Ältere häufig als Zuverdienst und nicht als Engagementplatz gewertet. Damit hat sich ein neuer, staatlich subventionierter Niedriglohn etabliert, den wir ablehnen. Der BFD richtet sich an die im Erwerbsleben benachteiligten Personengruppen, Frauen, Alleinerziehende, Ältere und MigrantInnen, sowie Menschen mit Behinderungen. Gerade für diese Personengruppen ist nach Auffassung der LINKEN die Integration in das Erwerbsleben über berufliche Ausbildungen zu schaffen und nicht über den BFD.

Verwaltungsaufwand:

Die LINKE fordert eine Umwidmung, der durch Wegfall des Zivildienstes frei gewordenen Mittel für die Jugendfreiwilligendienste. (Drucksache 17/4845: „Jugendfreiwilligendienste weiter ausbauen statt Bundesfreiwilligendienst einführen“)

Eine europarechtskonforme Regelung ist notwendig, um die tatsächlichen Kosten der Überlassung von Freiwilligen für die gemeinnützigen Träger und entsprechenden Einsatzstellen der Jugendfreiwilligendienste von der Umsatzsteuer zu befreien.